

Regierung plant Jobprogramm

HANNOVER afp ■ Die große Koalition will 100.000 Stellen für Langzeitarbeitslose schaffen. „Für rund 100.000 Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine reale Chance haben, soll möglichst ab dem Frühjahr sozialversicherungspflichtige Arbeit aufgebaut werden“, kündigte der arbeitsmarktpolitische SPD-Sprecher Klaus Brandner an. Eine Arbeitsgruppe von SPD und CDU/CSU verhandelt derzeit über eine Beschäftigung für Menschen mit schweren Vermittlungshemmnissen, sagte Brandner. In drei Varianten könnten laut Brandner Stellen angeboten werden: als öffentlich geförderte Arbeit in Kommunen, in Integrationsbetrieben, aber auch in der Privatwirtschaft. Firmen würden bei Bereitstellung von Arbeitsplätzen für eigentlich unvermittelbare Langzeitarbeitslose einen „finanziellen Nachteilsausgleich“ erhalten.

Mitarbeiterklage gegen Siemens

MÜNCHEN dpa ■ Die Pleite des Handyherstellers BenQ Mobile hat ein juristisches Nachspiel. Zehn Beschäftigte hätten mit Unterstützung der IG Metall Klagen beim Arbeitsgericht München gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber Siemens eingereicht, so die IGM gestern. Weitere Klagen sollen im Januar folgen. Es gehe um die gerichtliche Feststellung, dass das Arbeitsverhältnis bei Siemens fortbesteht, weil die Mitarbeiter 2005 nicht richtig über den Übergang ihres Arbeitsverhältnisses informiert worden seien. Ihnen sei verschwiegen worden, dass die BenQ Deutschland eine GmbH für

„Atomkraft rettet das Klima nicht“

Michael Müller (SPD), Staatssekretär im Bundesumweltministerium, setzt auf mehr Effizienz und erneuerbare Energien. Eine Verlängerung der Laufzeit für das AKW Biblis A hält er für nicht vorstellbar. Bleibt es dabei, muss es bald abgeschaltet werden

INTERVIEW NICK REIMER

taz: Herr Müller, um Kohlendioxid zu vermeiden, will EnBW das AKW Neckarwestheim länger laufen lassen. Freut Sie das als Klimaschützer?

Michael Müller: Die Angst vor dem Atom-GAU mit der Angst vor der Klimakatastrophe auszu-

treiben – diese Strategie scheint nur auf den ersten Blick brillant: Die Atomwirtschaft hat überhaupt nicht die Macht, das Weltklima entscheidend zu stabilisieren. Schon die Klima-Enquete-Kommission des Bundestages kam einstimmig zu dem Ergebnis, dass die Kernkraft keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten kann. Und das,

obwohl in dieser Kommission ausgewiesene Befürworter der nuklearen Stromerzeugung aus CDU/CSU, FDP und Wissenschaft angehörten.

EnBW argumentiert, ein bestehendes AKW spare Kohlendioxid, wenn es länger läuft. Das Gegenteil ist der Fall. Nur ein schneller Umbau des Energiesystems kann das Klima noch ret-

ten. Wir brauchen so schnell es geht drei grüne Säulen, die unsere Energieversorgung tragen: Einsparen, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien. Quasi das Gegenteil der Atomenergie: Die ist eine höchst ineffiziente Form der Energiebereitstellung, weil sie über einen Wirkungsgrad von rund 30 Prozent nicht hinauskommt. Atomkraftwerke rechnen sich nur, wenn viel Energie verkauft wird. Klimaschutz verlangt aber das Gegenteil: hohe Wirkungsgrade und geringen Verbrauch.

Kritiker werfen der SPD eine konfuse Klima- und Energiepolitik vor: Mehr Klimaschutz, weniger Atomstrom, niedrigere Strompreise – das alles zusammen kann nicht funktionieren. Doch. Zuletzt hat das Wirtschaftsministerium aufgezeigt, dass fast 60 Prozent des Stroms wirtschaftlich in Kraft-Wärme-Kopplung produziert werden könnten. Dadurch allein könnte Strom in der Menge von mehr als 30 Atomkraftwerken eingespart werden, wenn es zu einem Ausbau des Fernwärmenetzes kommt. In Deutschland sind noch 17 Atomkraftwerke in Betrieb. Das Ministerium wird übrigens von einer Partei angeführt, die die Energiepolitik der SPD kritisiert.

Obwohl es eine Selbstverpflichtung der Industrie gibt, kommt die Kraft-Wärme-Kopplung nicht in Schwung. Wieso nicht?

Weil der Umbau der Energiewirtschaft keine technische Frage, sondern eine machtpolitische Auseinandersetzung ist. Die

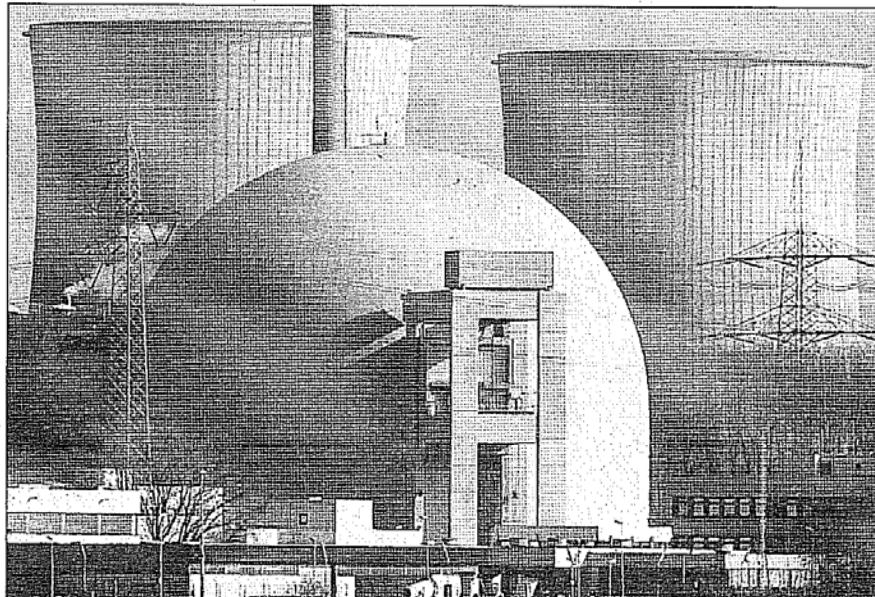
Großkonzerne verdienen viel Geld mit abgeschriebenen Atommeilern. Sie wollen nicht von den Monopolstrukturen lassen. Eine Energiewende ist dagegen die Chance für Newcomer. Genau das soll verhindert werden.

Nun wollen sich aber zwei dieser Großkonzerne von Ihnen die Laufzeiten verlängern lassen. Wie werden Sie entscheiden?

Natürlich nicht nach Gutdünken. Unsere Fachabteilung prüft gewissenhaft. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass der RWE-Antrag auf Weiterbetrieb von Biblis A positiv beschieden wird. Deutschlands ältester Reaktor hat einfach zu große Sicherheitslücken.

Die Reststrommenge, die vom Atomkonsens Biblis A zugebilligt wurde, ist in wenigen Wochen abgelaufen. Wann geben Sie das Ergebnis Ihrer Prüfung bekannt?

Wegen technischer Probleme ist das Atomkraftwerk Biblis derzeit stillgelegt. Es muss mal wieder nachgerüstet werden. Wir haben also noch etwas Zeit.



BIBLIS A – DER PANNENMEILER SOLL LÄNGER LAUFEN

Derzeit steht mal wieder alles still in Biblis. Die beiden Reaktorblöcke A und B werden noch Monate abgeschaltet bleiben – wegen fehlerhafter Spezialdübel. Das AKW, Baujahr 1974, ist der älteste und anfälligste Meiler in Deutschland. In den beiden Reak-

torblöcken wurden nach Angaben des Nabu bisher 737 Störfälle registriert. Laut Atomkonsens soll Biblis A bis 2008 vom Netz gehen. Der Betreiberkonzern RWE hat im September eine Laufzeitübertragung beantragt. Bevorzugtes Abschaltjahr: 2011. FOTO: AP



MICHAEL MÜLLER, 58, ist Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Bis zum Regierungswechsel war der gelernte Stahlbetonbauer stell-

vertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Müller wird dem linken Flügel seiner Partei zugerechnet.